

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Demonstration: „Keine Stimme für NPD und Republikaner“ Initiative gegen die NPD-Zentrale soll gegründet werden

Etwa 150 Wattenscheider BürgerInnen, vor allem junge Leute, beteiligten sich am Mittwochabend an der Demonstration „gegen den Naziterror“. Angeführt von dem Transparent der Antifa Wattenscheid „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ und zahlreichen Organisationsfahnen zog der Protestzug durch den traditionsreichen Arbeiterstadtteil Günnigfeld um gegen die dort ansässige NPD-Landeszentrale zu protestieren und deren Schließung zu fordern.

Auf dem nach dem Gewerkschafter und Antifaschisten benannten Max-König-Platz fand eine Abschlusskundgebung statt. Hier erinnerte Serdar Yüsel, Mitglied des SPD Unterbezirksvorstandes, an die antifaschistische Geschichte des Stadtteils und forderte zur Teilnahme an der Landtagswahl am Sonntag auf, um „mit einer hohen Wahlbeteiligung die NPD möglichst klein zu halten.“ In bewegenden Worten schilderte Hannes Bienert, Antifa-Wattenscheid., wie er 1945 nach seinen Kriegserlebnissen zum Antifaschisten geworden ist, und heute von einem Justizverfahren bedroht wird, weil er einen Kranz zur Erinnerung an die Zerstörung der jüdischen Synagoge in Wattenscheid niedergelegt hat.

Günter Gleising, Ratsherr und Mitglied des Kreisvorstandes der VVN-Bund der Antifaschisten sagte: „Mit der Demonstration wollen wir auch einen Beitrag dazu leisten, das es der NPD nicht gelingt Bochum und Wattenscheid zu ihrer Hochburg im Ruhrgebiet zu machen“. Er kündigte die Gründung einer neuen Initiative zur Schließung der NPD-Landeszentrale an.

Zu der Demonstration hatten Vertreter von politischen Organisationen, Mitglieder von Parteien, Betriebsräte und Gewerkschafter sowie der Kreisvorstand der VVN-Bund der Antifaschisten, das Internationale Kulturzentrum Wattenscheid, die Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF), der Frauenverband Courage u. a. aufrufen. In dem Flugblatt heißt es: „Die Opfer des Naziterrors der letzten Wochen in Dortmund, Schwerte und anderswo mahnen. Die Wahlerfolge der NPD und DVU mahnen ebenfalls.“ Gefordert wird „Keine Stimme bei der Landtagswahl für NPD, Republikaner“ u. a. rechte Gruppierungen.